

Macht und Ohnmacht der Information

Unser Zeitalter hat verschiedene Beinamen bekommen: „Atomzeitalter“, „Zeitalter der Weltraumfahrt“ usw. Einer der Beinamen lautet: „Zeitalter der Information“. Man kann darunter die technischen Möglichkeiten verstehen, die heute in kürzester Zeit Nachrichten aus allen Weltteilen weltweit verbreiten. In diesem Beitrag geht es jedoch nur am Rand um die Technik; es geht vor allem um Hoffnungen und Vorstellungen über die Wirkungsmöglichkeit der Informationen.

Damit kein Mißverständnis entsteht, muß darauf hingewiesen werden, daß „Information“ heute als Bezeichnung und Begriff in verschiedenem Sinn verwandt wird. In unserem Zusammenhang ist mit Information die Wiedergabe eines Vorgangs aufgrund eigener oder fremder Zeugnisse gemeint, also das, was man auch als Meldung oder Nachricht bezeichnet. In der journalistischen Praxis beantwortet die vollständige Information sechs Fragen: Was, wer, wann, wo, warum, wie?

Eine Hoffnung war und ist, daß der Austausch von Informationen das Zusammenleben der Staaten und Völker verbessert und Konflikte vermeidet. Die „Internationale Übereinkunft über den Gebrauch des Rundfunks im Interesse des Friedens“ (1936), die Satzung der Unesco (1945), Bemühungen der Vereinten Nationen nach 1945 gingen von dieser Hoffnung aus. Auch die KSZE-Akte von Helsinki und die Unesco-Konferenzen der letzten Jahre, die sich mit dem Informationsfluß befaßten, zielten in diese Richtung. Der bekannte britische Historiker A. Toynbee hat es einmal so ausgedrückt: „Wenn wir wie Brüder miteinander leben wollen, anstatt uns gegenseitig zu vernichten, dann muß jeder von uns die Wahrheit über sich selbst und über den anderen erkennen und weitergeben . . .“

Eine weitere Hoffnung galt der Entwicklung der Demokratie. Auf den historischen Verlauf müssen wir noch zurückkommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg verkündete Art. 19 der UN-Menschenrechtserklärung (1948), daß es zu den Rechten des Menschen gehöre, frei seine Meinung zu äußern, frei Informationen zu sammeln und zu verbreiten. Die Bemühungen der UN, nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Weltinformationsordnung zu schaffen, sollten auch diesem Zweck dienen. Die Bürger sollten sich – anhand der Informationen – selbständig ihr Urteil bilden. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft spielte diese Hoffnung in den westlichen Besatzungsgebieten Deutschlands und in der

Bundesrepublik Deutschland eine erhebliche politische Rolle. Als erste politische Funktion der Massenmedien wird bei uns in der Regel die Information genannt.

Angesichts der immer komplizierteren Zusammenhänge in modernen Industriegesellschaften wurde auch klar, daß nur ein ständig zirkulierender Informationsfluß das Funktionieren moderner Industriegesellschaften möglich macht. Von westlicher Seite knüpfte man daran die Hoffnung, daß dieser notwendige innerstaatliche Informationsstrom zur Überwindung staatlicher Informationsmonopole beitragen könne, wie sie auch nach dem Zweiten Weltkrieg in den „sozialistischen“ Staaten weiterbestanden. Im Zusammenhang mit dem Informationsaustausch zwischen Staaten und Völkern hoffte man auf ein fortschreitendes „Tauwetter“ nach Stalins Tod. Dies sind sicher nicht alle Hoffnungen, die sich mit der wachsenden Bedeutung der Information verknüpften, aber wohl die wichtigsten.

Die Anzahl der Veröffentlichungen zum Thema Information hat in den letzten 15 Jahren ständig zugenommen. Es braucht vorerst nicht erläutert zu werden, daß z. B. in sowjetischen Veröffentlichungen andere Hoffnungen ausgedrückt wurden und werden. Die „wahrheitsgemäße Information über den Sozialismus“, so wird dort behauptet, würde zu seiner Ausbreitung in der Welt beitragen.

Versucht man, einen gemeinsamen Nenner, ein gemeinsames Kernproblem in den Hoffnungen, Vorstellungen, Veröffentlichungen zum Thema Information zu finden, so ist es offensichtlich die Überzeugung, daß Information Macht bedeutet. Daher geht es auch immer um das Problem, wer über Informationen verfügt, wie er sie und zu welchen Zwecken er sie einsetzt bzw. was umfassende und schnelle Information überhaupt vermag. Rückblickend kann man heute sagen, daß keine der Hoffnungen ausreichend wissenschaftlich abgesichert war.

Historischer Rückblick

Wir müssen einen Blick in die Vergangenheit werfen, weil sonst einige Hoffnungen und Forderungen unverständlich bleiben. In allen Herrschaftsordnungen sind die Herrschenden der Versuchung ausgesetzt, das Vorrecht oder Monopol auf Informationssammlung und Informationsverbreitung, auf Meinungsbeeinflussung und Lenkung für sich zu beanspruchen. Bis ins 18. Jahrhundert hinein waren daher überall Nachrichten und Meinungsäußerungen der Zensur unterworfen. Die europäischen Zeitungen beschränkten sich ferner darauf, Meldungen abzudrucken, jedoch nicht zu „räsonieren“.

Erst mit der Aufklärung setzte sich die Auffassung durch, daß Zeitungen nicht nur Neuigkeiten zu registrieren hätten, sondern auch „räsonieren“, also Meinungen äußern sollten. Joseph Görres stellte zu Beginn des 19. Jahrhunderts in

seinem „Rheinischen Merkur“ erstmals den Nachrichten einen Leitartikel voran.

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts setzten sich die Forderungen nach Volkssouveränität, nach Meinungs- und Pressefreiheit nach und nach in Mitteleuropa durch. Die technische Entwicklung verstärkte die Bedeutung der Pressefreiheit. Die Erfindung der Telegraphie war Voraussetzung für die Entstehung moderner Nachrichtenagenturen. Die Erfindung der Setz- und der Rotationsmaschine waren Voraussetzungen für das Massenmedium Zeitung. Die Zeitungen wurden so billig, daß der einfache Mann sie kaufen konnte. Die Ausweitung der allgemeinen Schulpflicht vergrößerte den Leserkreis.

Information und Meinungsäußerung traten in dieser Entwicklung auseinander und nebeneinander. Im Journalismus entwickelten sich *zwei Richtungen*, die bis heute eine entscheidende Rolle spielen. Die Vertreter der einen Richtung kämpften zuerst und vor allem für das „Gute“. Der Leitartikel wurde zum Schwerpunkt des Blattes (Dovifat), die Gesinnung hatte Vorrang vor der Nachricht. Diese Richtung war vor allem in Frankreich vertreten, hatte jedoch auch starken Einfluß auf die deutsche und russische Presse. Zur Ahnenreihe dieses *Gesinnungsjournalismus* gehören sowohl J. Görres wie Karl Marx, die Meinungs- und Parteipresse der Weimarer Republik, aber auch die kirchliche Presse.

Die andere Richtung hatte und hat ihre Vertreter vor allem in den angelsächsischen Ländern. Sie wird vom Gedanken der Aufklärung und der Naturrechtstheorie genährt (Schönbach), daß das Gute sich durchsetzt, wenn nur die Wahrheit verbreitet wird. Wahrheit und Wirklichkeit sind jedoch in den Nachrichten zu finden. So entwickelte sich in England und Amerika das Ideal der „*objektiven Nachricht*“, wurde die Forderung aufgestellt: „Comments are free, but facts are sacred.“ In der Praxis bedeutet das strikte Trennung von Nachricht und Kommentar. Die angelsächsische Richtung vertraut darauf, daß der informierte Bürger sich selber seine Meinung bilden soll und kann.

Die Vertreter beider Richtungen kämpften gegen das Informations- und Meinungsbildungsvorrecht der Herrschenden, für Meinungs- und Pressefreiheit. Die einen setzten darauf, daß im Wettbewerb der verschiedenen Meinungen und Gesinnungen die „richtige“ siegen würde. Die anderen waren davon überzeugt, daß die Leser durch die objektive Information zur „richtigen“ Meinung finden würden.

Die angelsächsische Richtung kam den wirtschaftlichen Erwägungen von einigen Verlegern entgegen, die sich weniger für die Gesinnung als für den Absatz interessierten. Wollten sie eine Zeitung in hoher Auflage verkaufen, dann hatte das nur eine Chance, wenn sie sich nicht auf eine politische Richtung oder eine begrenzte Meinungsgruppe beschränkten. Sie machten ihre Zeitungen durch das Herausstellen des Nachrichtenteils – mit behutsamem Kommentar – attraktiv. Der sogenannten „Generalanzeigerpresse“ ist daher oft der Vorwurf gemacht worden, sie sei gesinnungslos und unpolitisch.

Bis zur Jahrhundertwende war die Presse in Deutschland vorwiegend „Meinungspresse“. Die eigene und besondere Bedeutung der Nachricht wurde vor allem von der Wirtschaft und der Regierung erkannt. Das Wolffsche Telegraphenbüro (WTB) befand sich seit den siebziger Jahren in enger Verbindung zur preußischen Regierung. Die „Emser Depesche“ als Musterbeispiel Bismarckscher Pressepolitik ist so bekannt, daß sie nicht näher erläutert zu werden braucht. In der Weimarer Republik existierten „Meinungspresse“ und „Nachrichtenpresse“ nebeneinander und miteinander.

Das *sowjetische* wie das *nationalsozialistische System* betrachteten (bzw. betrachten) sich als „Erzieher zum Guten“. Die Einzelnachricht erhält daher in den Massenmedien ihren Wert erst durch ihre Verwendbarkeit als Bestätigungsdetail oder Beweismittel. In der Sowjetunion gilt seit Lenin die Formel: „Nachrichten sind Agitation mit Hilfe von Tatsachen.“ Beide Systeme lehnen die „objektive“ Nachricht ab. Eine nationalsozialistische Presseanweisung (20. 10. 1936) kritisierte: „Es muß immer wieder festgestellt werden, daß in der deutschen Presse noch Nachrichten und Schilderungen erscheinen, die geradezu von einer selbstmörderischen Objektivität triefen . . .“

Das Meinungsmonopol umschließt das Informationsmonopol. Die staatlich gelenkten Massenmedien haben nur eine „Meinung“, die Zensur und die staatliche Nachrichtenagentur sorgen für die „richtigen“ Informationen. Der Journalist dieser Regime wird angehalten, das „normale“ Ereignis zu suchen, darüber zu berichten. Ein „normales“ Ereignis bestätigt Leistungen und Erfolge des eigenen Regimes. Als „normal“ in diesem Sinn sind auch jene Ereignisse und Nachrichten zu betrachten, die den Niedergang, die Verworfenheit und Unfähigkeit der „feindlichen“ Regime belegen. Bevor etwas eingetreten ist, liegt bereits fest, welchen Wert das Ereignis, die Nachricht hat.

Dieses Verständnis unterscheidet sich grundsätzlich von dem in westlichen Demokratien. Der westliche Journalist sucht das außergewöhnliche Ereignis, vor allem jenes, das zu Kritik verwendbar ist. Er kommt aus einer Tradition, in der sich der Journalist und Redakteur als kritischer Wächter versteht. Dabei richtet er sein kritisches Auge vor allem auf jene, die Macht haben. Und zumeist auf die Mächtigen im eigenen Staat.

Die Positionen nach Kriegsende

Als der Zweite Weltkrieg endete, hatten die Medien die staatlichen Grenzen bereits lange überwunden. Die totalitären Regime – zuerst die Sowjetunion, dann das nationalsozialistische Deutschland – hatten seit den zwanziger und dreißiger Jahren den Rundfunk als Waffe verwendet, um Propaganda und Nachrichten ins Ausland zu senden. Und während des Krieges hatten beide

Systeme ihren Untertanen den Empfang „feindlicher Sendungen“ unmöglich gemacht (durch Einziehung der Ätherempfänger in der Sowjetunion oder durch Abhörverbot im nationalsozialistischen Deutschland).

Da beide Systeme jede Trennung von Nachricht und Kommentar ablehnten, wurde in keinem der Systeme die Eigenwirksamkeit der Information wissenschaftlich erforscht. Die Angst und die Abschirmung von „feindlichen“ Informationen zeigte jedoch, daß man diese als gefährliche Waffe ansah. Die Überzeugung, daß Information Macht darstellt, spielte auch nach Kriegsende eine wichtige Rolle. Nach der Niederwerfung des nationalsozialistischen Deutschlands standen sich zwei miteinander unvereinbare Positionen über die Funktion der Nachricht gegenüber, verkörpert in den Siegermächten USA und UdSSR.

Die Sowjetunion beharrte auf ihrer Auffassung, daß die Nachricht „parteilich“ im Sinn des Marxismus-Leninismus sein müsse. Sie sorgte auch bald dafür, daß die Nachrichtenagenturen der Volksdemokratien sich der sowjetischen Staatsagentur Tass unterordneten und Tass zur Weltagentur wurde.

Von seiten der USA wurde – im Geist der angelsächsischen Tradition – eine Nachrichtenverbreitung gefordert, die den Empfängern die Möglichkeit eigener Meinungsbildung geben sollte. Allerdings war man in bezug auf Deutschland hierin nicht ganz konsequent, denn im besetzten Deutschland widmete man sich mit Eifer der Erziehung der Deutschen zu guten Demokraten.

Die angelsächsische Tradition schlug sich jedoch ganz eindeutig in den Bemühungen der Vereinten Nationen nieder. Sie forderten eine neue Weltinformationsordnung, die Unabhängigkeit der Nachrichtenagenturen, das Recht, überall in der Welt Informationen „ungehindert zu sammeln, zu übermitteln und zu veröffentlichen“ (1946). Die Verfasser dieser Forderungen waren nach Kriegsende offensichtlich davon überzeugt, auch die Sowjetunion würde diesen Forderungen zustimmen.

Sehr bald zeigte sich, daß die Sowjetunion an einer solchen Weltinformationsordnung nicht interessiert war. In der Periode des kalten Krieges strahlten beide Seiten durch ihre Sender Nachrichten und Kommentare ins „Feindlager“ aus. Sie dienten nicht der Annäherung, sie hoben vielmehr die Unvereinbarkeit der Systeme hervor. Trotz zahlreicher Störsender mußten die „sozialistischen“ Staaten mir ansehen, daß ihr Informations- und Meinungsmonopol durchlöchert war.

Untersuchungen über die Wirkung verschiedener westlicher Rundfunksender, die in den östlichen Machtbereich Informationen und Kommentare ausstrahlten, haben gezeigt, daß in „sozialistischen“ Ländern jene Sendungen bevorzugt werden, die sich um eine möglichst objektive Information bemühen. Für die „Intelligenzija“ der Sowjetunion z. B. sind diese westlichen Informationen eine gesuchte und ständig diskutierte Quelle. Unter diesem Gesichtspunkt kann man von einer Schwächung der Position der Herrschenden in den „sozialistischen“ Staaten sprechen.

Das Ringen um den freien Informationsfluß

Die Entwicklung der Nachrichtenmittel und die Angst vor einem – von beiden Seiten nicht gewollten, gleichsam mißverständlich ausgelösten – Krieg brachten das Thema Informationsfluß wieder auf die Tagesordnung. Der „heiße Draht“ zur schnellen Information zwischen den Staatsoberhäuptern der USA und der UdSSR war für die Sowjetunion durchaus erwünscht. Er verletzte nicht den Anspruch auf das Informationsmonopol des Staats.

Denn es blieb die entscheidende Forderung von sowjetischer Seite, daß keinesfalls der Informationsfluß der staatlichen Kontrolle entzogen werden dürfe. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei, Forderungen von Dissidenten nach Aufhebung der Zensur, die angebliche „Zuspitzung des ideologischen Kampfes“ verhärteten die sowjetische Position. Seit Beginn der siebziger Jahre besteht die Möglichkeit, mit Hilfe von Satelliten direkt Bildschirme in anderen Ländern zu erreichen. Die Sowjetunion veranlaßte daraufhin (1972) eine Resolution der Generalversammlung der Unesco, in der es hieß, „der Satellitenfunk soll die Souveränität und Gleichheit aller Staaten respektieren“.

Andererseits war die Sowjetunion an einer Minderung der Kriegsgefahr interessiert. Sie nahm daher den bekannten Korb drei der Schlußakte von Helsinki in Kauf, in den man von westlicher Seite die Forderung nach freiem Informationsfluß hineingepackt hatte. Die Sowjetunion ließ allerdings von Anfang an keinen Zweifel daran, daß dieser Informationsfluß durch ein staatliches Filter zu gehen habe, da sonst die „Souveränität“ verletzt würde.

Obwohl Informationsmonopol und Zensur weiter bestanden, zeigten sich in „sozialistischen“ Ländern bedenkliche Erscheinungen. Unter Berufung auf die Helsinki-Beschlüsse suchten und fanden immer mehr Bürger „sozialistischer“ Länder Informationen aus dem Westen, stellten Forderungen nach Erweiterung des Informationsangebots und begannen Vergleiche mit den eigenen Verhältnissen anzustellen. Die Reaktion der Staaten ist bekannt, zumal die DDR gerade in jüngster Zeit genügend Beispiele geliefert hat. Man beschuldigt die westlichen Massenmedien, im Dienst des Monopolkapitals „elektronischen Imperialismus“, „Einmischung in innere Angelegenheiten“ usw. zu betreiben.

Gefordert wird eine internationale Vereinbarung, die die Regierungen für den Informationsfluß verantwortlich machen und den Nachrichteninhalt eingrenzen soll. Nur jene Nachrichten, die der Entspannung dienten, sich gegen Krieg, Imperialismus, Rassismus usw. wendeten, sollten grenzüberschreitend verbreitet werden. Eine solche Festlegung und eine Verantwortung der Regierungen für den Nachrichtenfluß widerspricht dem westlichen Verständnis. Praktisch würde er die Schaffung von Zensurorganen notwendig machen.

Obwohl die grundsätzlichen Positionen geblieben sind, die „sozialistischen“ Staaten sich ängstlich abschirmen und lauthals polemisieren, hat sich einiges nach

Auffassung des Verfassers zum Positiven verändert. Die Berichterstattung bei uns über die östlichen Nachbarn hat sich verbessert. Die Bürger „sozialistischer“ Staaten können sich besser als je zuvor informieren. (Nach jahrzehntelangen Bemühungen gibt die deutsche Botschaft in Moskau jetzt die Zeitschrift „Guten Tag“ heraus.) Welche der beiden Seiten von der Veränderung der Lage mehr profitiert, ist umstritten. Glaubt man jedoch Veröffentlichungen der DDR oder der Sowjetunion zum Thema Informationsfluß, dann sind die Nachrichten aus der westlichen Welt eine ernsthafte Bedrohung der „sozialistischen“ Ordnung.

Das Süd-Nord-Problem

Das Thema „Annäherung der Völker durch freien Informationsfluß“ kann hier nur durch Hervorhebung einiger Hauptprobleme charakterisiert werden. Dazu gehört der Informationsfluß zwischen Entwicklungsländern und der übrigen Welt. Nach 1960 sind mehr und mehr ehemalige Kolonialgebiete selbständig geworden. Die – unter großen Mühen – geschaffenen nationalen Nachrichtenagenturen sind durchweg Staatsagenturen, entsprechend den autoritären Herrschaftsordnungen.

Seit Ende der sechziger Jahre fordern immer mehr Entwicklungsländer, daß von den Weltnachrichtenagenturen nicht nur umfangreicher, sondern auch positiver über sie berichtet wird. Es kann nicht bestritten werden, daß die Weltnachrichtenagenturen die Hauptquelle für Informationen aus Entwicklungsländern sind, daß nur ein Bruchteil ihrer Informationen sich mit jenen Ländern befaßt, die die Mehrheit der Erdbevölkerung darstellen. Sie prägen so die Vorstellungen und Meinungen westlicher Bürger über diese Länder.

Die Entwicklungsländer konnten bisher keine effektive eigene gemeinsame Agentur schaffen. Daher stellt ein Teil von ihnen Forderungen, nach denen sich die Regierungen und Weltnachrichtenagenturen richten sollen. Gefordert wird ein „ausgewogener Informationsfluß“, ein Einsatz der Massenmedien für die „Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung, gegen die Propaganda für den Krieg, Rassismus und Apartheid“. Das jedoch würde einen staatlich kontrollierten und reglementierten Nachrichtenfluß bedeuten.

Auf den Unesco-Konferenzen von Nairobi (1976) und Paris (1978) hat u. a. die Sowjetunion diese Forderungen unterstützt, weil sie ihrem eigenen Verständnis von der Funktion der Information entgegenkommen. Die Beschlüsse der Konferenzen sind zweideutig geblieben. Und in den weiteren Auseinandersetzungen zum Informationsfluß Süd-Nord ist vorerst keine Entspannung zu erwarten. Die meisten Entwicklungsländer sehen in den Nachrichten zuerst und vor allem Machtfaktoren, in den nationalen Nachrichtenagenturen Herrschaftsinstrumente.

Werden wir richtig informiert?

Wenden wir uns der Diskussion um die Information in der Bundesrepublik Deutschland zu, in der das Recht auf Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit garantiert ist. Die Vielfalt der Interessengruppen, eine vom Staat unabhängige Nachrichtenagentur, zahlreiche Massenmedien sorgen dafür, daß kaum etwas verborgen bleiben kann. Nach Meinung ausländischer Journalisten gibt es nur wenige Staaten, wo man in solchem Überfluß Informationen erhalten kann.

Trotzdem kommt von verschiedenen Seiten Kritik. Hier die Titel einiger Bücher, die bei uns in den letzten Jahren erschienen sind: „Information oder herrschen die Souffleure?“, „Werden wir richtig informiert?“, „Die meisten Nachrichten sind falsch“, „Die manipulierte Information und die Krisen unserer Gesellschaft“, „Wie eine Meinung in meinem Kopf entsteht. Über das Herstellen von Untertanen.“ Regierung, Ministerien, Behörden wird Informationszurückhaltung, Interessenverbänden Nachrichtenmanipulation, Verlagen Verengung des Informationsangebots durch den Konzentrationsprozeß der Presse, Rundfunk- und Fernsehanstalten Unausgewogenheit in den Nachrichtensendungen, Journalisten Einseitigkeit bei der Nachrichtenauswahl vorgeworfen.

In jedem Vorwurf steckt eine berechtigte Kritik. Aber steht hinter den meisten nicht auch der Zwiespalt: Hier Gesinnung, dort Information? Diese beiden Richtungen mit ihrem unterschiedlichen Verständnis von der Funktion der Nachricht, von der Aufgabe des Journalisten haben wir bereits kennengelernt. Handelt es sich oft nicht auch um den Vorwurf der „Nachrichtenmanipulation“, weil nicht die (nach eigener Meinung) „richtige und wichtige“ Information veröffentlicht worden ist, sondern eine andere? Und weil man dann einen Drahtzieher im Hintergrund sucht, statt nach einem anderen Verständnis des Journalismus zu fragen?

Soll der Journalist Erzieher, politischer Mahner sein? Soll er sich bei der Sammlung und Verbreitung von Nachrichten an Sokrates orientieren? Zu Sokrates kam ein Mann, um ihm das Allerneueste zu erzählen. Der Philosoph bremste ihn: „Ist es auch wahr, was du mir berichten willst?“ Der Mann bestätigte: „Ja, es ist wahr!“ Sokrates fragte weiter: „Ist es auch notwendig, daß du es erzählst?“ Der Mann bejahte dies. Sokrates stellte die dritte Frage: „Dient es auch einem guten Zweck? Wenn nicht, dann habe ich keine Zeit dafür!“

Das klingt wie ein guter Aufhänger für eine Predigt über „Massenmedien“. Lassen sich jedoch diese Prinzipien auf die Journalisten allgemein und auf die Nachrichtengebung einer pluralistischen Gesellschaft übertragen? Als H. Pörzgen, deutscher Journalist und anerkannter Fachmann in Moskau, in einer Diskussion sagte, er vermeide Nachrichten, die die deutsch-russischen Beziehungen stören könnten, stieß er auf heftigen Widerspruch. Die Kritiker sahen darin eine Nachrichtenunterdrückung, eine selbstherrliche Nachrichtenauswahl.

Oder soll sich der Journalist bei der Auswahl allein nach den Elementen einer Nachricht richten, die Carl Warren in seinem Lehrbuch für angehende Journalisten zusammengestellt hat: Aktualität, Nähe, Folgeschwere, öffentliche Bedeutung, Dramatik, Kuriosität, Kampf, Liebe, Gefühle, Fortschritt? (Wobei es kein Geheimnis ist, daß für manche Journalisten die Kuriosität das entscheidende Merkmal ist.) Soll der Journalist Vorgänge registrieren, ganz gleich, welche Konsequenzen sich aus der Verbreitung ergeben? Weil er die Wertung der Nachricht nicht zu verantworten hat und durch eigene Auswahl andere „manipuliert“?

Und welches Recht hat schließlich der Leser, daß sein Interesse befriedigt wird, das sich zumeist auf das Außergewöhnliche richtet? Hat er das Recht auf die Nachricht über den letzten Skandal eines Filmschauspielers? Oder hat der Journalist das Vor-Recht, ihm statt dessen über die sozialen Spannungen in einem südamerikanischen Staat zu berichten? Wobei der Journalist in Kauf nehmen muß, daß dieser Bericht nicht gelesen wird, und der Verleger in Kauf nehmen muß, daß nicht genügend Exemplare verkauft werden. Peter Glotz und Wolfgang Langenbucher haben einem gemeinsamen Buch, das sich kritisch mit der deutschen Presse befaßt, den bezeichnenden Titel gegeben: „Der mißachtete Leser“.

Informationsflut und Nachrichtenauswahl

In der Pastoralinstruktion „*Communio et Progressio*“ (veröffentlicht 1971 im Auftrag des Zweiten Vatikanischen Konzils) heißt es unter anderem: „Der heutige Mensch braucht eine zuverlässige, klare, vollständige und genaue Information. Nur so kann er die Welt, in der er lebt, in ihrem ständigen Wandel verstehen.“ Das ist sicher eine vernünftige und demokratische Forderung. Aber wie kann sie verwirklicht werden?

Manfred Steffens hat in seinem Buch „Geschäft mit der Nachricht“ errechnet, daß nicht einmal ein Prozent des täglich in der Welt anfallenden Nachrichtenmaterials über die Deutsche Presse-Agentur (dpa) auf die Redaktionstische in der Bundesrepublik Deutschland kommt. Das hat nichts mit Zensur zu tun, das ist einfach eine notwendige Auswahl, denn niemand könnte täglich alle anfallenden Nachrichten verfolgen oder gar drucken. Die Tageszeitungen hätten dann den Umfang von Telefonbüchern.

Es geht also nicht nur darum, daß die gesammelten und verbreiteten Nachrichten zutreffend sind. Es geht darum, daß sie ein möglichst zutreffendes Detail richtig im Gesamtzusammenhang darstellen. Jeder Journalist weiß, daß aus völlig zutreffenden Einzelmeldungen ein falsches Gesamtbild zusammengestellt werden kann. Jede Woche kann – mit Hilfe völlig korrekter Einzelnachrichten –

aus der Flut der Nachrichten eine Auswahl herausgegriffen werden, die nur Negatives oder nur Positives über einen Staat, eine Partei, eine Kirche usw. berichten.

Die Wahrheit ist das Ganze. Über alles kann jedoch niemand berichten. Oswald von Nell-Breuning SJ sagte in einem Vortrag zum Thema „Der Journalist im Kampf um seine Gewissensfreiheit“: „Im Bereich der Information haben wir es zu tun mit der Wahrhaftigkeitspflicht. Diese Pflicht ist als solches etwas durchaus Einsichtiges und Klares. Nichtsdestoweniger müssen wir uns davon Rechenschaft geben: Es ist unmöglich, alles zu sagen, was wahr ist. Wir können uns zur Regel machen: nichts zu sagen, was nicht wahr ist (oder wenigstens, was wir nach bestem Wissen und Gewissen für nicht wahr halten); aber eine Verpflichtung, alles zu sagen, was wahr ist, kann es gar nicht geben, weil es eine Pflicht wäre, die sich nicht erfüllen läßt. Selbst Gott kann nicht alles sagen, was wahr ist.“

Damit sind wir zurückverwiesen auf die Nachrichtenauswahl und auf die Macht derjenigen, die Informationen sammeln und verbreiten. Auch für die Bundesrepublik Deutschland gilt die Binsenwahrheit, daß jede Institution – ob Regierung, Partei, Gewerkschaft, Konzern, Kirche usw. – daran interessiert ist, nur solche Informationen in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, die den eigenen Interessen nützen. Keine Institution kann jedoch verhindern, daß zahlreiche andere Informationen an die Öffentlichkeit gelangen. Und – aufgrund des kritischen Interesses der Medien – werden dann zumeist die ihnen unerwünschten Informationen verbreitet.

Die Macht über die Informationen liegt heute weitgehend bei den Massenmedien. K. Steinbuch hat in seinem Buch „Maßlos informiert. Die Enteignung unseres Denkens“ schärfste Vorwürfe gegen die „gegenwärtige Informationsproduktion“ gerichtet. Er schreibt: „Die gegenwärtige Informationsproduktion wirkt vielfach als Unglücksproduktion – vor allem durch Zerstörung bewährter Grundsätze des Zusammenlebens und Agitation für unausgeglichene Heilslehren.“ Er beklagt „die explosive Zunahme der produzierten Information – meist ohne Verantwortung der Folgen“.

Nun geht K. Steinbuch in seinem Buch von einem anderen Informationsbegriff aus. Aber seine Kritik trifft auch jene, die Informationen sammeln und verbreiten, Journalisten, Redakteure, Verleger. Alle Institutionen, die bei uns über Macht in irgendeiner Form verfügen, müssen sich der Kritik stellen. Wenn aber Informationen Macht bedeuten, dann müssen sich auch Journalisten und Redakteure Kritik gefallen lassen, müssen sich fragen lassen, ob sie über genügend Sachverstand und Überblick verfügen, ob sie ehrlich um Objektivität bemüht sind, ob sie ihre subjektive Auffassung allein gelten lassen usw. Diese Kritik wird bei uns fast nur auf Sendungen des Fernsehens gerichtet.

Lange Zeit hat man kaum etwas darüber gewußt, welche Auswirkungen Nachrichten auf die Empfänger haben. Bis heute trifft man auf die Meinung, die Emp-

fänger seien so etwas wie Schiefertafeln, wie weiße Blätter, auf die man Nachrichten und Meinungen schreibt. Heute wissen wir einiges – wenn auch noch nicht genug – über den verschlungenen Prozeß der Auswahl und Abweisung, der Umdeutung und Verfälschung von Nachrichten, der Aufnahmebereitschaft und Aufnahmefähigkeit von Bürgern demokratischer Systeme.

N. Sarraute hat in dem Bändchen „Werden wir richtig informiert?“ folgende Antwort gegeben: „Ich glaube, das hängt im wesentlichen von uns ab . . . In der Tat sind wir genauso informiert, wie wir sein wollen.“ Sie meint damit – was durch zahlreiche Untersuchungen bekräftigt wird –, daß die meisten Menschen Informationen selektiv aufnehmen, d. h. nur jene Informationen, die ihre schon bestehende Auffassung bestärken. Ob ihre Auffassung richtig oder falsch ist, spielt hierbei keine Rolle.

Angesichts dieser wissenschaftlich erhärteten Tatsache bekommt die Frage nach der richtigen, vollständigen Information des Bürgers eine neue Seite. Die richtige und vollständige Information ist in einer Demokratie offensichtlich nicht nur ein Problem der Institutionen und Verfassungsgarantien. Sie ist eine Frage, die das Selbstverständnis, die Fähigkeiten und den Charakter der Journalisten betrifft. Und sie ist nicht zuletzt eine Frage, die an die Empfänger der Informationen gestellt werden muß: ob sie bereit sind, Informationen kritisch aufzunehmen und zu verarbeiten, ob sie bereit sind, eigene Positionen selbstkritisch zu überprüfen. Eigentlich ist auch das eine Binsenwahrheit. Aber es ist eine Binsenwahrheit der Demokratie, daß die besten Institutionen und Verfassungen nur wenig nützen, wenn die Bürger keine mündigen Bürger sein wollen. Dazu gehören nicht nur Kenntnisse, dazu gehören auch eigene Anstrengungen und ein Stück Charakter.

Im Schlußwort der bereits zitierten Pastoralinstruktion „*Communio et Progressio*“ wird die „schwierige Frage“ gestellt, ob die kommunikativen Beziehungen nur zahlreicher und dichter werden, oder ob sie „der Gesellschaft eine ganz andere Gestalt“ geben werden. Die Antwort: Die Informationen könnten, „in ihrem Gehalt und in ihrer Fülle richtig ausgewertet, die menschliche Gemeinschaft festigen, die Welt menschlicher machen und den Frieden sichern“.

Literatur (Auswahl aus deutschen Veröffentlichungen, nach dem Erscheinungsjahr geordnet): E. Dovifat, Die Zeitungen (Gotha 1925); Grundfragen der Kommunikationsforschung, hrsg. v. W. Schramm (München 1964); Information oder Herrschen die Souffleure?, hrsg. v. P. Hübner (Reinbek 1964); K. Jaspers u. a., Werden wir richtig informiert? (München o. J.); H. Pross, Die meisten Nachrichten sind falsch (Stuttgart 1971); Pastoralinstruktion „*Communio et Progressio*“ über die Instrumente der sozialen Kommunikation (Trier 1971); W. Koczian, Acht Thesen zur Nachrichtenarbeit, in: Publizistik 17 (1972); G.-K. Kaltenbrunner, Die Macht der Meinungsmacher (Freiburg 1976); K. Schönbach, Trennung von Nachricht und Meinung (Freiburg 1977); K. Steinbuch, Maßlos informiert (München 1978); P. Roth, Die politische Funktion der Information in der Sowjetunion, in: Beiträge zur Konfliktforschung 1 (1979); Informationsfreiheit. Free Flow of Information, hrsg. v. H. Bohrmann (München 1979); F. Denk, Die verborgenen Nachrichten (Eberling 1979).